



## Newsletter März 2017

connosco e.V.  
Lotharstr. 14-18  
50937 Köln  
Tel: +49-(0) 221-277 80 35  
Website: [www.connosco.de](http://www.connosco.de)  
E-Mail: [info@connosco.de](mailto:info@connosco.de)



## Inhalt

<b>Editorial</b>	<b>3</b>
<b>Kurzmeldungen</b> <i>Von Andrea Linzbach</i>	<b>4</b>
<b>Präsidentschaftswahlen in Ecuador</b> <i>Von Mateo Arbeiter</i>	<b>5</b>
<b>Friedensverhandlungen zwischen ELN und kolumbianischer Regierung</b> <i>Von Henrik Trevisan</i>	<b>8</b>
<b>Korruptionsskandal "Lava Jato" in Peru</b> <i>Von Markus Grünbichler</i>	<b>9</b>
<b>200 Jahre Schlacht von Chacabuco</b> <i>Von Christian Engels</i>	<b>11</b>



## Editorial

### Liebe Lateinamerika-Freunde,

Mitte Februar fanden in Ecuador Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die erste Wahlrunde konnte keinen klaren Sieger ausmachen, deshalb steht für April eine Stichwahl zwischen den beiden Favoriten an. Mehr dazu ab Seite **5**.

Nachdem die kolumbianische Regierung mit der größten Guerillagruppe des Landes, der FARC, im letzten Jahr bereits einen Friedensvertrag aushandeln und unterzeichnen konnte, begannen Anfang Februar auch die offiziellen Verhandlungen mit der ELN. Details dazu finden Sie ab Seite **8**.

„Lava Jato“ – das ist die Bezeichnung eines internationalen Korruptionsskandals, in den unter anderem der brasilianische Konzern Petrobras und der größte lateinamerikanische Baukonzern Odebrecht involviert sind. Eine Analyse hierzu finden Sie ab Seite **9**.

Abschließend finden Sie ab Seite **11** eine historische und aktuelle Einordnung der Schlacht von Chacabuco, die sich im Februar zum zweihundertsten Mal jährte.

Wenn Sie regelmäßig über Themen mit Lateinamerika-Bezug informiert werden möchten, abonnieren Sie unseren Newsletter. Alle Informationen dazu finden Sie auf unserer [Website](#).

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

**Das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.**

## Kurzmeldungen

Von Andrea Linzbach

- **Überflutung in Chile lässt Millionen Menschen ohne Wasser:** Durch starke Regenfälle in der Nähe von Santiago, Chile, sind Millionen Menschen in der Metropole paradoxerweise von der Wasserversorgung abgeschnitten. Der Regen hat Wasserfluten und zerstörerische Schlammrutschen in den die Stadt umgebenden Berglandschaften verursacht. Mindestens drei Menschen wurden getötet und 19 weitere als vermisst gemeldet. Die Schlammrutschen und Fluten haben außerdem den Maipo River kontaminiert. Somit wurde das Wasserversorgungsunternehmen von Santiago gezwungen seine Leistungen einzustellen. Am vergangenen Sonntag blieben daher fünf Millionen Menschen ohne Wasser.
- **Macri verspricht neue Gesetze gegen Interessenkonflikte seiner Familie während einer Kongresssitzung:** Argentiniens Präsident Mauricio Macri steht zurzeit in einem zwiespältigen Licht: Bei dem Staatsbesuch in Spanien konnte er positive Eindrücke von Argentinien vermitteln und auch die schwierige Wirtschaftslage scheint sich langsam zu bessern. Andererseits ist er durch seine Familie in einige Skandale verwickelt. Besonders zu erwähnen ist die ursprünglich vorgesehene Neuverhandlung über 300 Millionen Dollar Schulden, die sein Familienunternehmen beim Staat hat. Macri hat im Kongress eine Reihe von Normen versprochen, um den Interessenkonflikt mit seiner Familie zu verhindern.
- **Staatssekretär der USA Rex W. Tillerson zu Besuch in Mexiko City:** Nur einen Tag nach dem Entwurf neuer Einwanderungsbestimmungen der neuen US-Regierung reist Tillerson nach Mexiko. Weitere umstrittene Themen der neuen Regierung sind der Bau der Mauer zu Mexiko und die Überprüfung aller Hilfszahlungen, die von den USA nach Mexiko geleistet werden. Die vorgesehenen Änderungen der Einwanderungsbestimmungen werden von Mexiko mit großer Sorge betrachtet. Tillerson gibt sich im Ausland diplomatisch und schwächt Trumps Äußerungen zum Teil ab. Dem stehen jedoch Trumps entschlossene Äußerungen entgegen, in denen er zum Beispiel erklärt, an einem von Mexiko bezahlten Bau der Mauer festzuhalten.

## Präsidentschaftswahlen in Ecuador – wer wird Correas Nachfolger?

Von Mateo Arbeiter

Am 19. Februar fanden in Ecuador Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Dieses Ereignis, aber auch die zurückliegenden Regierungsjahre des ausscheidenden Präsidenten, Rafael Correa, sollen im Folgenden näher behandelt werden.

Lateinamerika wird oftmals als Pendel bezeichnet, da es meistens zwischen politischen Extremen schwankt, auf linke Regierungen folgten meistens wirtschaftsnahe oder gar rechte Militärregierungen. In den letzten Jahren hat sich diese Tendenz etwas gemäßig, dennoch kam es im letzten Jahrzehnt zu einer Ausbreitung des vor allem von Hugo Chávez propagierten Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Diese Panamerikanische Linksausrichtung befindet sich nun auf dem Rückzug. In Argentinien und Brasilien kam es bereits zu einer Abkehr, aber auch in anderen Staaten bröckeln linke Regierungen, nicht zuletzt weil wirtschaftlich liberalere Länder, wie die Staaten der Pazifik-Allianz, die letzten Jahre der Krise deutlich besser überstanden haben.

Das kleine, aber erdölreiche Ecuador steht nun vor genau dieser Entscheidung. Soll es den eingeschlagenen Linkskurs fortsetzen oder eine Kehrtwende vollziehen? Auf der einen Seite steht die Regierungspartei Alianza País, sie hat bis auf Weiteres eine Mehrheit im Parlament. Auf der anderen Seite befindet sich eine sehr heterogene Opposition. Neben der traditionellen Christlich-Sozialen Partei finden sich Gruppierungen, die mit Alianza País gebrochen haben, vor allem die indigene Bewegung Pachakutik zählt dazu. Der größte Widersacher ist jedoch der wirtschaftsnahe Guillermo Lasso, der bereits 2013 Präsidentschaftskandidat war, aber damals in der ersten Wahlrunde gegen Rafael Correa verlor.

Die Situation Ecuadors hat sich in den letzten vier Regierungsjahren grundlegend verändert. Der Glanz der bürgerlichen Revolution (Revolución Ciudadana) ist verblasst. Die mit den Erdöleinnahmen finanzierte Modernisierung der Infrastruktur und der umfassende Ausbau des Sozialstaates haben angesichts der nun ausbleibenden Einnahmen, die sich mit dem Preisverfall des Erdöls erklären lassen, zu erheblichen fiskalischen

Schwierigkeiten geführt. Dazu kommt eine Strafzahlung von 1,1 Milliarden USD an den Ölkonzern Oxy. Die Aufwertung des Dollars, der seit dem Jahr 2000 die Landeswährung ist, hat zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Ecuadors geführt. Zudem wurde das gebeutelte Land 2016 von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Experten gehen daher davon aus, dass die Wirtschaft auch in diesem Jahr schrumpfen wird. Doch die Krise beschränkt sich nicht nur auf die Wirtschaft. Viele Ecuadorianer fürchten ein Szenario, wie es sich gegenwärtig in Venezuela abspielt. Die Angst wird jedoch nicht nur von den politisch rechten Gruppen geschürt, auch der zunehmend autoritäre Stil der Regierung verstärkt den Eindruck. Obwohl die Regierung viele Medien direkt oder indirekt kontrolliert, verharnt Rafael Correa in seiner Underdog-Mentalität und verurteilt Medien, die seine Auffassung nicht teilen, als Handlanger seiner politischen Gegner. Die Polarisierung der Medien und die zunehmend eingeschränkte Pressefreiheit drücken sich auch im Ranking der Reporter ohne Grenzen aus, dieser führt Ecuador auf Platz 109.

Rafael Correa genießt trotz der schwierigen Umstände noch ein überaus hohes Ansehen in der Bevölkerung, vor allem im lateinamerikanischen Vergleich. Der designierte Präsidentschaftskandidat Lenin Moreno (Alianza País) soll nun Correas Projekt fortsetzen. Dass dies nicht einfach ist zeichnete sich in der ersten Wahlrunde ab, er hatte zwar mehr als 10% Vorsprung vor dem Zweitplatzierten Guillermo Lasso (28%), aber er konnte die vorgeschriebene 40%-Hürde nicht erreichen. Am 2. April wird es daher zu einer Stichwahl zwischen Lenin Moreno und Guillermo Lasso kommen. Die Mobilisierung und Gewinnung der Wählerschaft, die im ersten Wahlgang für andere Kandidaten gestimmt haben, wird dabei ein zentrales Anliegen der beiden übriggebliebenen Kandidaten sein.

Lenin Moreno, der weitaus weniger charismatisch ist als Rafael Correa, hat aber den entscheidenden Vorteil, dass er nicht als Spalter gilt und zunächst das Gespräch sucht. Er war zuvor nicht nur erfolgreicher Unternehmer im Tourismussektor, sondern auch, bedingt durch sein persönliches Schicksal, ein wichtiger Vertreter der Menschen mit Behinderung auf nationaler Ebene und bei den Vereinten Nationen. So ist Lenin Moreno, der von 2007 bis 2013 auch Vizepräsident von Correa war, seit einem Überfall auf einen Rollstuhl angewiesen.

Nach der ersten Wahlrunde kündigte der Viertplatzierte Paco Moncayo (6%) seine Unterstützung für Lenin Moreno an, auch gab es bereits

Sondierungsgespräche mit Iván Espinel der 3% auf sich vereinen konnte. Die Christdemokratin Cynthia Viteri (16%) sprach sich hingegen für Guillermo Lasso aus. Diese Allianz scheint jedoch sehr brüchig zu sein: So hatte Viteri im Wahlkampf die Vergangenheit Lassos angekreidet. Dieser hatte als Wirtschaftsminister erheblichen Anteil am Zusammenbruch des Bankensektors vor der Jahrtausendwende, er soll zudem auch wirtschaftlich von dieser Krise profitiert haben. Viele entschieden sich in der ersten Wahlrunde für Viteri, da sie ein umfassendes Wohnungsbauprojekt vorschlug. Dieses Vorhaben wird nun auch von Moreno angestrebt, daher werden wichtige Teile der Wählerschaft Viteris wohl in Morenos Lager wechseln. Einen Nachteil hat Lasso auch bei den Ecuadorianern im Ausland, sie mussten aufgrund des Bankenkollaps und der Wirtschaftskrise das Land verlassen und sind daher entschieden gegen Lasso.

Die langsame Auszählung nach dem ersten Wahlgang führte zu weiteren Spekulationen über einen möglichen Wahlbetrug, den die Beobachter der UNASUR aber ausschlossen. Dennoch riefen Guayaquils Bürgermeister, Jaime Nebot und die Handelskammer von Guayaquil am 21. Februar zu einer Mahnwache auf, sie fürchteten eine Manipulation, die Moreno doch noch über die 40%-Hürde bringen würde.

Es lässt sich abschließend sagen, dass das Land sehr gespalten ist. Auch in den sozialen Netzwerken konnte man diesen Trend wahrnehmen, zum Teil wurden rassistische und diskreditierende Memes tausendfach geteilt. Die generelle Verunsicherung der Ecuadorianer erschwert es enorm, einen Wahlsieger zu prognostizieren, viel wird daher von den kommenden Wochen abhängen. Erwartet wird ein Wahlkampf, der wieder durch persönliche Attacken und Unterstellungen geprägt sein wird, sodass inhaltliche Themen nicht über verkürzte Phrasen und Versprechungen hinausgehen werden.

## **Friedensverhandlungen zwischen der ELN und der kolumbianischen Regierung**

*Von Henrik Trevisan*

Am 7. Februar dieses Jahres haben die offiziellen Friedensverhandlungen zwischen Vertretern der kolumbianischen Regierung und der ELN (Ejército de Liberación Nacional) in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito begonnen. Die ELN ist mit 2500 Mitgliedern nach der FARC die zweitgrößte Guerillagruppe Kolumbiens und damit eine wichtige Partei auf dem Weg in ein friedliches Kolumbien. Seitens der ELN werden die Verhandlungen von Pablo Beltrán geleitet, Verhandlungsführer der Regierung ist Juan Camilo Restrepo, der bereits bei früheren Verhandlungsversuchen beteiligt war. Garantiestaaten für die Verhandlungen sind neben Ecuador Brasilien, Chile, Kuba, Norwegen sowie Venezuela.

Bereits seit 2012 war die ELN an Gesprächen mit der Regierung interessiert. 2013 begannen geheime Verhandlungen, um eine Grundlage für offizielle Friedensverhandlungen schaffen zu können. Nach einer grundlegenden Einigung waren diese bereits für Oktober 2016 angesetzt, jedoch weigerte sich die Regierung Gespräche aufzunehmen, solange sich noch Geiseln in Gewalt der ELN befanden. Insbesondere die Gefangennahme des ehemaligen Kongressabgeordneten Odín Sánchez, der seit April 2016 festgehalten worden war, Anfang Februar 2017 jedoch freigelassen wurde, spielte eine große Rolle. Seine Freilassung war eine wichtige Bedingung der Regierung, um die Friedensgespräche beginnen zu können.

Am 19. Februar hat eine Bombenexplosion nahe einer Stierkampfarena in Bogotá etwa 30 Personen verletzt, darunter etwa 20 Polizisten und Sicherheitskräfte. Die ELN bekannte sich zwischenzeitlich zu dem Anschlag. Kolumbiens Regierung und die ELN werfen sich gegenseitig vor, den vereinbarten Waffenstillstand nicht einzuhalten. Es bleibt zu hoffen, dass die Gespräche dennoch nicht unter- oder gar abgebrochen werden.

Die letzten Versuche zu einem friedlichen Abkommen zwischen ELN und der kolumbianischen Regierung scheiterten Ende 2007. Venezuelas damaliger Präsident Hugo Chávez war Mittelsmann bei den Verhandlungen. Kolumbiens derzeitiger Präsident Álvaro Uribe fühlte sich dadurch mehr und mehr übergangen. Dadurch verschlechterte sich das Verhältnis



zwischen den beiden Staaten, was schließlich zum Ende der Verhandlungen führte. Eine Antwort auf ein Dokument der Regierung an die ELN blieb bis heute aus.

Die ELN wurde 1964 gegründet und verstand sich damals ideologisch im Zeichen Che Guevaras. Kernproblem und Grund für die Entstehung von ELN, FARC und anderen Guerillagruppen waren eine fehlende Regulierung zur Aneignung und Nutzung von Land. So setzten sich die Guerillagruppen anfangs aus Bauern und Studenten zusammen. Wie komplex der seit 50 Jahren bestehende Konflikt aber ist, legt ein etwa 800-seitiges Dokument nahe, welches im Zuge der aktuellen Friedensverhandlungen mit der FARC von einer „historischen Kommission“ angefertigt wurde.

Während die Gespräche zwischen mit der ELN gerade erst begonnen haben, sind Ende Februar die letzten Guerilleros der FARC in den Transitzonen angekommen, in denen sie entwaffnet werden. Die Entwaffnung soll bis Mai vollzogen sein und die Mitglieder der FARC in den Entwaffnungszonen auf die Wiedereingliederung ins zivile Leben vorbereitet werden. Der Prozess gilt als sehr wichtiger Schritt im Friedensprozess.

## Korruptionsskandal „Java Lato“ in Peru

*Von Markus Grünbichler*

„Lava Jato“ - übersetzt „Autowäsche“ – ist die Bezeichnung einer Korruptionsaffäre, die als Geldwäscheskandal des brasilianischen Ölkonzerns Petrobras begann und sich schließlich nach weiteren Ermittlungen zu einem internationalen Korruptionsskandal entwickelte. Odebrecht, der größte lateinamerikanische Baukonzern, ist aufgrund von Verwicklungen im Fall Petrobras in das Visier von Ermittlungen geraten. Der Baukonzern hat bei der Vergabe von 100 öffentlichen Aufträgen in den Bereichen Bauwesen und Infrastruktur in insgesamt zwölf Ländern Regierungsmitarbeiter bestochen. Odebrecht hat bereits Strafzahlungen in Höhe von 3,5 Milliarden US-Dollar zugestimmt, um Strafprozesse in den USA, Brasilien und der Schweiz zu vermeiden.

### **Peru in der Korruptionsaffäre Odebrecht**

Im Januar und Februar kam es in Peru zu mehreren Demonstrationen gegen den brasilianischen Bauriesen. Dieser hat in dem Andenstaat ebenfalls für den Erhalt von Aufträgen Mitarbeiter der Regierung bestochen. Die Bestechungsgelder in Höhe von 29 Millionen US-Dollar sollen in den Amtszeiten der drei Präsidenten Toledo, García und Humala verwendet worden sein. Letzterer war bis 2016 Präsident und erhielt für seine Wahlkampagne im Jahr 2011 drei Millionen US-Dollar von Odebrecht.

Der ehemalige Präsident Toledo soll während seiner Amtszeit sogar 20 Millionen US-Dollar erhalten haben. Er bestreitet die Vorwürfe und ist auf der Flucht. Gegen ihn liegt mittlerweile ein internationaler Haftbefehl vor. Die peruanische Regierung vermutet ihn momentan in den USA und fordert seine Auslieferung. Toledo habe geplant anschließend nach Israel zu flüchten, jedoch hat der Staat im Nahen Osten dessen Einreise bereits verweigert. Bei einer Verurteilung drohen dem ehemaligen Präsidenten 28 Jahre Haft.

In Peru hat der Baukonzern Odebrecht durch Bestechungen unter anderem den Auftrag zum Bau der Metrolinie 1 in Lima während der Präsidentschaft von Alan García (2006-2011) erlangt. Auch die Verbindungsstraße Interoceánica zwischen Peru und Brasilien war ein großes Projekt des Baukonzerns, das die Pazifik- und Atlantikküste verbindet. Der aktuelle Präsident Kuczynski war zur Amtszeit Toledos Wirtschafts- und Finanzminister und von 2005 bis 2006 Premierminister. Als Premierminister hob er Regulierungen auf, die das Projekt Interoceánica zuvor unzugänglich gemacht hatten. Kuczynskis Verwicklung in den Fall und niedrige Zustimmung aus der Bevölkerung werfen die Frage auf, ob das peruanische Parlament den Präsidenten des Amtes enthebt - ähnlich wie bei Brasiliens Ex-Präsidentin Rousseff.

## 200 Jahre Schlacht von Chacabuco

*Von Christian Engels*

Am 12. Februar jährte sich zum zweihundertsten Male die Schlacht von Chacabuco, welcher in der Erkämpfung der Unabhängigkeit Chiles eine zentrale Bedeutung zukommt. Grund genug also für eine offizielle Gedenkfeier auf dem historischen Schlachtfeld, den die Präsidenten Chiles und Argentiniens gemeinsam beginnen. Beide unterstrichen in ihren Reden, die regionale Integration.

### **Andenüberquerung**

Die Gedenkfeier, in der die Banalitäten der Tagespolitik hinter sich gelassen wurden, fand zu Füßen des „Monumento de la Victoria de Chacabuco“ statt. Begleitet wurden die beiden Präsidenten an dort hin unter anderem von den Oberkommandierenden der jeweiligen Streitkräfte, General Diego Luis Suñer (Argentinien) und General Humberto Oviedo (Chile), was die historische Rolle der Militärs in der Erkämpfung der Unabhängigkeit unterstreicht.

Die Niederlage Bernardo O'Higgins in der Schlacht von Rancagua 1814 hatte zunächst das Ende der Unabhängigkeits Bestrebungen Chiles bedeutet und markiert das Ende der Vieja Patria (1810-1814), welches sich am 18. September 1810 in Santiago, zunächst noch die Treue zum von Napoleon exilierten spanischen Monarchen haltend, dann aber zunehmend eigenständig auftretend, konstituiert hatte. Nachdem „Desaster“ von Rancagua mussten sich die Reste des Ejército patriota, nun mehr eine Armee ohne Land, auf die andere Seite der Anden, nach Mendoza in Argentinien zurück ziehen, wo sie sich mit José de San Martín zum Ejército Libertador de los Andes vereinigten. Während dieser die Armee für die Andenüberquerung ausrüstete, setzten unterdessen in Chile Manuel Rodríguez und José Miguel Neira den Kampf in Form eines legendenumwoben Guerillakrieges fort und versorgten San Martín mit wichtigen Informationen.

Die am 19. Januar 1817 in Mendoza aufgebrochene etwa 5.000 Mann starke Armee stieß schließlich ca. 50 km nördlich von Santiago in Chacabuco – heute Teil von Colina – am 12. Februar auf die „spanische“ Armee der „Royalisten“ und konnte diese entscheidend schlagen. Ein gemeinsamer

Waffengang, an den in der Form einer symbolischen Andenüberquerung von 140 Soldaten aus beiden Länder 200 Jahre später erinnert wurde.

### **Abrazo de Maipú**

Der Krieg ging gleichwohl noch über ein Jahr weiter: Den Schlusspunkt markiert die für die „Patrioten“ siegreiche Schlacht von Maipú vom 19. März 1818. An diesem Ende sich die beiden siegreichen Generale O'Higgins und San Martín auf dem Schlachtfeld brüderlich umarmten (Abrazo de Maipú). Ein Moment, den der chilenische Maler Pedro Subercaseaux in einem Gemälde 1908 heroisch verklärt hat. So harmonisch, wie dort zusehen, war das Verhältnis der beiden Libertadores jedoch nur selten. Für San Martín war Chile nur Etappe, wenn auch eine entscheidende, auf dem Weg nach Peru, wozu er den Hafen Valparaiso als sichere Ausgangsbasis brauchte. Und Entgegen der romantischen Darstellung späterer Generationen war der Rotschopf O'Higgins Riquelme auch keines Falls auf Augenhöhe mit San Martín. Die Kritiker spotten, dass er auf der Kruppe des Pferdes San Martíns nach Chile gekommen sei und auf dem Schlachtfeld von Maipú nur fürs offizielle „Erinnerungsfoto“ erschienen sei. Von San Martín zum „Director Supremo“ Chiles gemacht schwang sich O'Higgins zu einem Diktator auf, der seine Machtstellung konsequent und skrupellos ausbaute, worunter auch die Ermordung Manuel Rodríguez fällt. Ein Machtkampf, dem sich der chilenische Stummfilm „El húsar de la muerte“ von 1925 widmet.

Auch das Verhältnis zwischen dem unabhängigen Chile und Argentinien war nicht immer von Harmonie geprägt. Als Prüfstein sollte sich die Frage nach dem Grenzverlauf in Patagonien erweisen. In Chile fürchtete man stets um die Souveränität im Süden. Die Vorstellung, dass das Land durch einen argentinischen Vorstoß zum Pazifik in zwei geteilt werden könnte, nahm bisweilen paranoide Züge an. Die Frage nach dem Grenzverlauf – grundsätzlich gilt die Faustformel: Wasserscheide der Anden = Grenze – führte 1965 zu dem bewaffneten Zwischenfall um die Laguna del Desierto, bei der der chilenische Carabiniere Hernán Merino ums Leben kam. Bis heute der einzige Tote im latenten Grenzstreit.

Die politische Bedeutung des Gespans der „Populisten“ Carlos Ibáñez del Campo und Juan Domingo Perón, die sich am 21. Februar 1953 demonstrativ für die Kameras umarmten, erwies sich als ebenso überschätzt, wie später die Paarung der Generale Augusto Pinochet und Jorge Rafael Videla. Trotz der Kooperation der beiden Diktaturen im Bereich „nationale Sicherheit“

(Operación Condor) kam es um Frage der Zugehörigkeit drei winziger Inseln im Beagle-Kanal 1978 beinahe zum Krieg, der nur durch die Vermittlungen des Vatikans unter Papst Johannes-Pauls II. verhindert wurde. Und im Falklandkrieg 1982 leistete Chile Großbritannien diskrete Hilfe. Vom Fußball einmal abgesehen wurden die Beziehungen der beiden Länder zuletzt in den 2000er aufgrund von Gas-Lieferengpässen belastet.

### **Annäherung zwischen dem Mercosur und der Alianza del Pacífico?**

In ihrem Diskurs hob Chiles Präsidentin Michelle Bachelet hervor, dass unsere Befreier von Anfang an verstanden haben, dass die Unabhängigkeit des einen nicht ohne die des anderen möglich ist. Die Bedeutung der Schlacht von Chacabuco für die Gegenwart besteht in diesen Sinne darin, dass es der erste Triumph einer amerikanischen Idee war, nämlich der von Unabhängigkeit und Freiheit. Eine gemeinsame Vision, der es weiter zu folgen gelte, da sie ein „grundlegendes Prinzip in unseren Beziehungen und unserem Schicksal bildet: das Prinzip, dass aus der Vereinigung Kraft erwächst.“ Was Bachelet auch als Auftrag gegen Xenophobie und wirtschaftlichen Protektionismus versteht. Das an „Orten der Erinnerung“ der Mythos ein untrennbarer Teil der Realität ist zeigt sich nicht zuletzt am Satz der Präsidentin Chiles, dem nach sich die „Schwester Republiken erneut umarmen um die Union zu erneuern.“

Argentiniens Präsident Mauricio Macri unterstrich in seiner Rede ebenfalls die hohe Bedeutung der Einigkeit. Zum einem mit Blick auf die Naturkatastrophen, die der Klimawandel mit sich bringt und zum anderem mit Blick auf die politischen Herausforderungen. Nur gemeinsam könne man bessere Fortschritts Chancen für all jene finden, die in unseren Ländern leben, so Macri.

### **Declaración de Chacabuco**

In diesem Geiste unterzeichneten die Präsidenten der Schwester Republiken am 12. Februar die „Declaración de Chacabuco“, der nach die bilateralen sowie die regionalen Beziehungen insgesamt vertieft werden sollen. Für diesen Zweck ist für April ein gemeinsames Treffen der Aussenminister der beiden regional Bündnisse Pazifik Allianz und Mercosur angesetzt.